

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einsehl. 2,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einsehl. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellungs- und Privat-Familienanzeigen 6 Pf., Nr. 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlos nach Maßgabe 1 oder Wengensloß B. Briefgebühr für Briefanzeigen 30 Pf., außsehl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951-27953 • Teleg.: Benesse Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Verlag: Dresden 2000 - Nichtverlangte Einwendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 33 Dienstag, 9. Februar 1937 45. Jahrgang

Malaga völlig umzingelt

Sowjetrussische Flugzeuge auf französischem Boden niedergegangen - Dr. Ley über den Einsatz der DAF. im Vierjahresplan

Sanatschis Ziele

Sicherung des ostasiatischen Friedens - Erfassung der japanischen Nation

× Tokio, 8. Februar. (Durch Funkdruck. Dienstbericht des DNB.)

Das Kabinett Sanatschi veröffentlicht jetzt die fünf Punkte des vor einigen Tagen angenommenen Regierungsprogramms, das unter der Voraussetzung des ewigen Kaiserreiches als der Kräftepunkt Japanes eine gesunde zeitgemäße Entwicklung der Verfassung fordert. Politische Kreise sehen hierbei die starke Einwirkung der Wehrmacht, die seit Jahren alle Strebungen schärfend bekämpft, die das unabdingbare Ansehen des Kaisers im Volke zu entwerzeln versuchen.

Die fünf Punkte des Regierungsprogramms lauten: 1. Klarstellung der nationalen Ziele der Politik; 2. Handhabung der Politik in Übereinstimmung mit der Verfassung; 3. Vereinfachung der Diplomatie, um den Frieden in Ostasien zu sichern; 4. Förderung der Industrie zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis; 5. Erhaltung des nationalen Verteidigungsstandes, um Japan auf eine feste Wehrgrundlage zu stellen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Kabinett als unheimlichstes, unverrückbares Ziel die Sicherung des ostasiatischen Friedens anstrebt, den Japan zu sichern habe. Als beste Friedensgarantie betrachte man die rechtzeitige Verstärkung der Wehrmacht und die Pflege des Kaiserreiches im Volk. Industrie und Wirtschaft und alle Hilfsquellen des Landes müßten sich diesem Ziel unterordnen, um den nationalen Wehrgedanken zu dienen. Die einseitige Förderung der Gesamtwirtschaft sei hierbei ebenso wichtig wie der Schutz und die Kontrolle durch den Staat.

Japanische Befürchtungen

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

× Schanghai, 8. Februar. (Durch United Press)

Nach einem Bericht der holländischen Nachrichtenagentur haben die Truppen der Zentralregierung in Sianku am Sonntagmittag erreicht. Die einmarschierenden Truppen hatten sich in der Stadt vor der Bevölkerung hergetrieben und fanden die Stadt von den Aufständischen verlassen.

Dieser japanische Kreise glauben, daß die jüngste Entwicklung in Sianku darauf schließen lasse, daß Herrschend Liang Kai-schek die Zusammenarbeit mit den Sowjets angenommen habe. Der kampflose Einmarsch von Regierungstruppen in Sianku beweise, daß der Waffenstillstand, der vor einer Woche zwischen den Führern der ausländischen Expeditions- und der Kantingregierung geschlossen wurde, jetzt verwirklicht werden solle.

Das Kriegsministerium kündigt die baldige Vereinigung aller schwedischen Truppen an, worunter man in den japanischen Kreisen Schanghai nicht anders als die Annahme der von den Aufständischen gestellten Forderung nach Bildung einer Einheitsfront zwischen der Kantingregierung und den chinesischen Kommunisten versteht. Japan verfolgt die weitere Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit, da es der Ansicht ist, daß eine solche Einheitsfront nur gegen Japan gerichtet sein könne. Diese japanische Militärs erklären, daß Japan noch wie vor darauf bestehe, daß eine Einigung zwischen Kanting und den Kommunisten den Frieden in Asien bedrohe. Es bestehe die Möglichkeit, daß das Kabinett Sanatschi einer solchen Gefahr durch energische Maßnahmen vorbeugen werde.

Gut unterrichtete chinesische Beobachter halten die japanischen Befürchtungen in der angegebenen Richtung für übertrieben und glauben nicht, daß die Zentralregierung ihre Einstellung zu den chinesischen Kommunisten und zur Sowjetunion so radikal geändert habe, wie die japanischen Neuberungen es vermuten lassen könnten.

Die „Sichtreifer“ von Flint

× Detroit, 8. Februar

Die „Sichtreifer“ in den Autowerken von Flint halten die Fabrik weiter besetzt und sind dabei übergegangen, sämtliche Eingänge zu verbarrikadieren. Der Gouverneur hat bisher noch keinen Befehl zur Räumung des Werkes erteilt. Die Besprechungen zur Beilegung des Streiks dauerten den ganzen Sonntagabend an.

Dreifacher Vorstoß Queipo de Lanos

Salamanca meldet: Stadtrand von Malaga erreicht

× Salamanca, 8. Februar

Im Verlauf der Mitte der vorigen Woche begonnenen großen Land- und Seeoffensive gegen Malaga haben die vordersten nationalen Kolonnen, die motorisierten Abteilungen Queipo de Lanos, gestern abend die Stadtgrenze von Malaga erreicht. Die Stadt ist völlig umzingelt. Rund 25 000 bis 30 000 nationale Truppen sind an der Malagafront eingesetzt; die bolschewistischen Streitkräfte werden als gleichartig bezeichnet. Der nationale Vormarsch, bei dem am Sonntag vormittag das seit Freitag hart umkämpfte Jucanetra erobert wurde, ist von der nationalen Flotte tatkräftig unterstützt worden, die aus drei Kreuzern, einem Auswärtigenboot und zwölf bespannten Fischdampfern besteht, während im Hafen von Malaga noch Verladung eines nationalen Zenders fremde U-Boote, wahrscheinlich sowjetrussischer Nationalität, gesichtet worden sind.

Die Bolschewiken sind nach Unterlassung großer Mengen Kriegsmaterial, unter dem sie auch vier

Feldgeschütze befinden, überhäuft gestochen. Während der letzten militärischen Operationen wurden den Bolschewiken überaus starke Verluste beigebracht; sie verloren Hunderte an Toten, viele hundert Ueberläufer und zahlreiche Gefangene.

In drei Kolonnen ist der Anmarsch auf Malaga erfolgt. Die erste Kolonne zielte auf der Küstenstraße nach der Eroberung Jucanetra aus dem Westen auf Malaga selbst vor, die zweite Kolonne ist von Norden aus auf Malaga vorgedrungen, und die dritte ist aus dem von den Bolschewiken gesicherten Gebirgsgebiet zwischen Granada und Malaga östlich der Stadt in die Ebene vorgedrungen.

Auch an der Madrider Front ist in den letzten Tagen wieder lebhaftere Bewegung eingetreten, nachdem das letzte Wetter bloßer einen Stillstand der Operationen bedingt hatte. Die Truppen General Varela drängen auf dem rechten Flügel der Stellung vor Madrid am Sonntagabend 10 Kilometer vorwärts und eroberten die Ortschaft Maravilla, in der sich eine der bedeutendsten Waffenfabriken der Bolschewiken befindet, in der auch Giftgas hergestellt worden ist.

Palästina vor neuen Unruhen?

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 8. Februar

Der englische Oberkommissar für Palästina, Sir Arthur Balfour, verläßt heute Jerusalem, um sich nach England zu begeben. Vor seiner Abreise hatte Sir Arthur Balfour eingehende Besprechungen mit den Führern der verschiedenen arabischen Parteien. Diese Besprechungen erfolgten auf Einladung des Oberkommissars. Über ihre Ergebnisse ist nichts bekannt geworden.

Die palästinensische Frage macht England nach wie vor schwere Sorgen. Die Untersuchungskommission, die vor etwas mehr denn einer Woche nach London zurückgekehrt ist, ist, wie man privaten Gesprächen entnehmen darf, sehr pessimistisch gestimmt. Die Aussichten auf ein Kompromiß zwischen Arabern und Juden sind im Augenblick denkbar gering. Wahrgedende Kenner Palästinas stimmen darüber überein, daß für den Sommer mit neuen schweren und blutigen Unruhen zu rechnen ist. Der Oberkommissar der englischen Truppen in Palästina hat in einem vertraulichen Bericht an seine Regierung Einzelheiten der militärischen Vorbereitungen auf arabischer und jüdischer Seite mitgeteilt. Der unläuglich zurück-

getretene Leiter des palästinensischen Scotland Yard, Broadhurst, hat sich ebenfalls dahingehend geäußert, daß ein neuer Ausbruch unvermeidlich sei.

Wenn England die Dauerforderungen der Araber, insbesondere nach Schaffung eines unabhängigen arabischen Nationalstaates und der Verdrängung von Palästina und Syrien, nicht erfüllen kann - und diese Ansicht dürfte in dem Bericht der Palästina-Kommission zum Ausdruck kommen -, wird der Bericht der Untersuchungskommission in jedem Falle das Signal zu neuen Unruhen sein. England kann es sich nicht leisten, daß die Londoner Arbeitsgesellschaften, die ein Symbol der Einheit und des Friedens im Imperium sein sollen, durch blutige Zusammenstöße in Palästina empfindlich beeinträchtigt werden. Man will also die Veröffentlichung bis nach den Feierlichkeiten hinausschieben. Damit ist zwar etwas Zeit gewonnen - aber sonst gar nichts. Angesichts der Bedeutung des Palästina für das britische Weltreich - in Indien allein wohnen 70 000 000 Mohammedaner - ist man in vielen englischen Kreisen sehr besorgt über die weiteren Auswirkungen jener Vorkämpferdeklaration vom Jahre 1917, die die jüdische Heimstatt in Palästina schuf.

Steigende Preise in Frankreich

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 8. Februar

Ministerpräsident Leon Blum empfing hinter- einander seine sämtlichen Ressortminister. Die Verhandlungen waren wirtschaftlichen Fragen und der Weltanschauung 1937 gewidmet. Im Vordergrund standen die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, ganz besonders die weiter und weiter ansteigenden Verwaltungskosten in Frankreich. Denn die wachsende Teuerung stellt alle Anfangserfolge in Frage, die die Volksfrontregierung durch die neue Sozialgesetzgebung erreicht hatte. Denn wenn die Preise weiter steigen, kann es nicht mehr lange dauern, bis die Arbeiterklasse erneut Lohnrückführungen fordert. Durch eine derartige Lohnrückführung würden dann die Preise abermals in die Höhe treiben. Für die Preissteigerung macht die Regierung drei Dinge verantwortlich: erstens das Ansteigen der Preise auf dem Weltmarkt, zweitens die Erhöhung der Sozialabgaben der französischen Wirtschaft und Industrie, und drittens die Spekulation, die verläßt, auf Kosten der Allgemeinheit unerschöpflich Vorteile zu gewinnen. Welche Maßnahmen die Regierung gegen die Preissteigerung treffen will, ist noch nicht bekannt, aber die Stellung der Regierung scheint nicht mehr so hart zu sein wie noch vor kurzer Zeit.

Staatsminister Paul Faure hatte am Sonntag in St. Etienne eine Rede gehalten, in der er die Volksfront und ihre Politik verurteilte. Dazu schreibt

nun der „Ami du Peuple“, wenn der Redner behauptet, daß keine der französischen Regierungen derartige glänzende Erfolge erzielt“ habe, wie die Volksfrontregierung, dann könne man nur feststellen, daß dies Worte seien. Die Wirklichkeit liege anders. Nach dem National-Abkommen betrafen sich zwar die durchschnittliche Erhöhung der Arbeitslöhne in Frankreich auf rund 13 bis 14 v. H. An Oand einer ausführenden Statistik weist das Blatt dann aber gleichzeitig nach, daß der Durchschnitt der Lebensmittelpreise in Frankreich seit Juni 1936 um 21 v. H. gestiegen ist.

Sowjetrussisches Chaos

× Warschau, 8. Februar

Nach einer Fat-Weidung aus Moskau sollen in den sowjetrussischen Eisenbahn- und Industrieunternehmen wieder einmal Maßnahmen ergriffen worden sein, um das wirtschaftliche und organisierte Chaos, das bekanntlich seit als das Werk „strotzender Schädlinge“ bemäntelt wird, zu beseitigen. Wie das Blatt des Bereschewskommisariats schreibt, befindet sich die politische Abteilung der Volkshauptverwaltung in einem Zustand völliger Auflösung.

Ein Osloblock?

Aus dem Oaag wurde kürzlich folgendes verlautbart: Die holländische Regierung hat die Regierungen der skandinavischen Staaten, Belgiens und Luxemburgs eingeladen, zu einer Ende Februar im Oaag stattfindenden Vorbesprechung der Staaten der Colover Konvention Zusammenkünfte zu entsenden. Der Zweck dieser Zusammenkünfte soll in der Prüfung von Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Colover Konvention liegen, vor allem soll verhandelt werden, ein Programm für eine in Ermägung gestellte Konferenz aufzustellen.

Das ist das vorläufige Ergebnis jenes Vorstoßes des holländischen Ministerpräsidenten Colijn, über den wir feinerzeit berichten. Er hatte die anläßlich der Hochzeit im Oaag anwesenden Journalisten zusammengerufen und ihnen u. a. erklärt, Holland halte es an der Zeit, zu versuchen, zwischen den Niederlanden, Belgien und Skandinavien den gegenwärtigen Waren- und Handelsverkehr zu erleichtern. Bald darauf trat ein Handelsminister Feders und Landwirtschaftsminister Gellien eine Reise an, die sie nach Norwegen und Schweden führte, während Tannenart und Aunland, die auch zur Coloverkonvention gehören, nicht berührt wurden.

Um diese plötzlich entsfaltete Aktivität zu verstehen, muß man etwas zurückgehen. Schon im Dezember 1936 schlossen die Niederlande, Belgien, die skandinavischen Staaten und Aunland in Oslo einen Zollvertragsvertrag - daher der Name Osloblock. Dieses Abkommen wurde nie wirksam, und die Abwertung Englands, der die Skandinavier folgten, machte sie illusorisch. Tann kam im Herbst vorigen Jahres die Kapitulation des Goldblocks. Durch das damals fast herabgeschickte Währungsabkommen New York-London-Paris wurde die Aktion als Beginn einer Stabilisierung und Vereinigung der Weltwirtschaft man nicht schon sagen fehlte. Und damals vereinbarte die Osloblock, sie wolle in enger Fühlung bleiben und möglichst gemeinsam vorgehen, wenn nun die angedachte Neuregelung, vor allem der Abbau der Zölle, durchzuführen, kommen werde.

Tabei blieb es zunächst, schon deshalb, weil von all den Folgen, die die große „Anleitung“ der Währungsunion bringen sollte, keine eintrat. Die Herbeiführung einer neuen Freiheitlichkeit des Welthandels blieb - was dem Einfichtigen von vornherein klar war - angeschlossen der Zukunft, die in den einzelnen Ländern, vor allem Frankreich, herrschten - ein Versprechen. England bezieht sich damals förmlich, zu verstehen, es behalte sich für seine Handelspolitik natürlich völlig freie Hand vor und sei vor allem nicht geneigt, aus Ottomansystem, also der gegenwärtigen Präferenz innerhalb des Empires, führen zu lassen. Amerika hatte mit sich zu tun. Und Frankreich fiel von einer Sorge in die andre.

Da erlöste die Coloverkonvention aus dem Oaag. So- zu sie eigentlich anstreben sollte, ist trotz der Scheitern so eindringlichen Verwirklichung nie ganz deutlich geworden und bis heute nicht zu erraten. Wollten die Oosomächte ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um die weltliche Großmächte an die Einführung ihres Versprechens zu erinnern, wollten sie unter sich herstellen, was jene Währungsunion für alle versprochen, etwa dem Ottomansystem ein Oosolusitem an die Seite stellen?

Noch weiß man es nicht und hat sehr viel Grund zu der Annahme, daß es die Beteiligten selbst nicht recht wissen. Es ist recht bezeichnend, wie jeder Aus dem Oaag bei den Angerufenen aufgenommen wurde. Wie wir es feinerzeit in unserer ersten Besprechung dieser Aktion (im Wirtschaftsteil unter Ausgabe Nr. 14 vom 17. Januar) vorausahnten und begründeten, ist die Antwort wirklich positiv nur in Schweden gewesen, während Dänemark, aber auch Norwegen sich hart zurückhielten. Doch auch schwedische Blätter haben Vorbehalte gemacht. Daß man schließlich in Holland selbst nicht restlos von der Zweckmäßigkeit des Coloverplans überzeugt ist und in sehr maßgebenden Kreisen a. B. auf die Bedeutung des deutsch-holländischen Handels hinweist, geht sehr deutlich aus einem Bericht unseres Oaager Korrespondenten hervor, den wir im Wirtschaftsteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlichen.

Wie schon hinter der Währungsunion der Weltmächte scheint auch hinter den Oosoloverträgen trotz ihrer inhaltlichen Vagheit etwas die Vorstellung zu stehen, die Welt zerlasse in zwei Gruppen, die weltlichen Demokratien, die die Garantien der freien Weltwirtschaft sind, und die Mittelmächte, die „schlechtlichen“. Also brauchen jene Staaten sich nur zusammenzusetzen, um die Welt zu retten, wobei noch der oft angebotene Gedanke hinzukommt, man könne so am besten die, die sich dann ausfinden, zur Vernunft bringen. Die Bräutlichkeit solcher Einstellung liegt auf der Hand. Die „Mittelmächte“ bildigen, das muß man leider zum tausendfachen Male sagen, keineswegs dem Prinzip der Wirtschaft. Sie haben